



2163

TRANSMITTAL LETTER
(General - Patent Pending)

Docket No.
000434

In Transmission Of: **PESCH**

Serial No.
09/742,155

Filing Date
20 December 2000

Examiner

Group Art Unit

Title: **Method & Computer System for Controlling Communications between Contracting Parties**

RECEIVED
MAR 07 2001
Technology Center 2100

TO THE ASSISTANT COMMISSIONER FOR PATENTS:

Transmitted herewith is:

- a.) a Certified Copy of EP 00890339.5;
- b.) a Post Card Receipt

in the above identified application.

- ☒ No additional fee is required.
- ☐ A check in the amount of _____ is attached.
- ☐ The Assistant Commissioner is hereby authorized to charge and credit Deposit Account No. _____ as described below. A duplicate copy of this sheet is enclosed.
 - ☐ Charge the amount of _____
 - ☐ Credit any overpayment.
 - ☐ Charge any additional fee required.

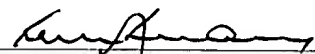


Signature

Dated: 27 February 2001

Karl Hormann
Registration No.: 26,470

I certify that this document and fee is being deposited on
.30 A28 February 2001 with the U.S. Postal Service as first
class mail under 37 C.F.R. 1.8 and is addressed to the
Assistant Commissioner for Patents, Washington, D.C.
20231.



Signature of Person Mailing Correspondence

Karl Hormann

Typed or Printed Name of Person Mailing Correspondence

KH:rvu

CC:

THIS PAGE BLANK (USPTO)



Europäisches
Patentamt



European
Patent Office

Office européen
des brevets

Bescheinigung

Certificate

Attestation

Die angehefteten Unterla-
gen stimmen mit der
ursprünglich eingereichten
Fassung der auf dem näch-
sten Blatt bezeichneten
europäischen Patentanmel-
dung überein.

The attached documents
are exact copies of the
European patent application
described on the following
page, as originally filed.

Les documents fixés à
cette attestation sont
conformes à la version
initialement déposée de
la demande de brevet
européen spécifiée à la
page suivante.

Patentanmeldung Nr. Patent application No. Demande de brevet n°

00890339.5

Der Präsident des Europäischen Patentamts;
Im Auftrag

For the President of the European Patent Office

Le Président de l'Office européen des brevets
p.o.

I.L.C. HATTEN-HECKMAN

DEN HAAG, DEN
THE HAGUE, 13/12/00
LA HAYE, LE

THIS PAGE BLANK (USPTO)



Europäisches
Patentamt

European
Patent Office

Office européen
des brevets

Blatt 2 d r Beschreibung
Sheet 2 of the certificate
Page 2 de l'attestation

Anmeldung Nr.:
Application no.:
Demande n°: 00890339.5

Anmeldetag:
Date of filing:
Date de dépôt: 14/11/00

Anmelder:
Applicant(s):
Demandeur(s):
Pesch, Peter
1230 Wien
AUSTRIA

Bezeichnung der Erfindung:
Title of the invention:
Titre de l'invention:

Verfahren und Anlage zur Steuerung der Kommunikation zwischen Vertragspartnern

In Anspruch genommene Priorität(en) / Priority(ies) claimed / Priorité(s) revendiquée(s)

Staat:
State:
Pays:

Tag:
Date:
Date:

Aktenzeichen:
File no.
Numéro de dépôt:

Internationale Patentklassifikation:
International Patent classification:
Classification internationale des brevets:

/

Am Anmeldetag benannte Vertragsstaaten:
Contracting states designated at date of filing: AT/BE/CH/CY/DE/DK/ES/FI/FR/GB/GR/IE/IT/LI/LU/MC/NL/PT/SE/TR
Etats contractants désignés lors du dépôt:

Bemerkungen:
Remarks:
Remarques:

THIS PAGE BLANK (USPTO)

Verfahren und Anlage zur Steuerung der Kommunikation zwischen
Vertragspartnern

5 Die vorliegende Erfindung betrifft ein Verfahren und eine Anlage zur Steuerung der Kommunikation zwischen einem ersten Vertragspartner und potentiellen zweiten Vertragspartnern, sowie ein entsprechendes Computerprogrammprodukt.

10 Es gibt eine Vielzahl von Systemen zur Steuerung der Kommunikation zwischen potentiellen Vertragspartnern, z.B. Werbemedien, Anzeigemedien, elektronische Anschlagetafeln, usw. Es sind jedoch noch keine Systeme zur automatischen Herstellung bzw. Anbahnung von Geschäftskontakten für Vertragsabschlüsse bekannt.

15 Die Erfindung setzt sich zum Ziel, erstmals ein solches System zu schaffen, mit welchem die Transaktionskosten pro Kommunikationskontakt mit einem potentiellen Vertragspartner geringer sind als mit herkömmlichen Werbe- und Informationsmedien.

20 Dieses Ziel wird in einem ersten Aspekt erreicht mit einem Verfahren zur Steuerung der Kommunikation zwischen zumindest einem ersten Vertragspartner und potentiellen zweiten Vertragspartnern auf Grundlage von Drittinformation eines Vermittlers, wobei die Drittinformation zumindest die Identität
25 des ersten Vertragspartners und eine Beschreibung des Vertragsgegenstandes umfaßt, mit den Schritten:

(a) Empfangen einer Drittinformation und Speichern derselben,

30 (b) Zurverfügungstellen des Zuganges zur Vertragsgegenstandsbeschreibung der Drittinformation für eine Abfrage durch zweite Vertragspartner,

(c) Empfangen von Geboten von zweiten Vertragspartnern für den Zugang zur Vertragspartneridentität der Drittinformation, wobei jedes Gebot zumindest die Angabe einer Abschlußge-
35 bühr umfaßt, die vom jeweiligen zweiten Vertragspartner für

einen Vertragsabschluß mit dem ersten Vertragspartner geboten wird, Empfangen einer Gebotsgebühr für jedes Gebot von jedem gebotsabgebenden zweiten Vertragspartner, und Speichern der Gebote und Gebotsgebühren, und

5 (d) Ermitteln der Gebote mit den N höchsten Angaben von Abschlußgebühren zu einem vorgegebenen Zeitpunkt, wobei $N \geq 1$ ist, Senden der Vertragspartneridentität der Drittinformation an die die N Gebote abgebenden zweiten Vertragspartner, und Senden zumindest eines Anteiles aller Gebotsgebühren an den
10 Vermittler.

Die Erfindung beruht auf der neuartigen Verwendung von potentiell vertragsabschlußrelevanten Drittinformationen am Vertragsabschluß selbst nicht beteiligter Dritter zur automatischen Steuerung der Kommunikation und damit Anregung des weiteren Kommunikationsverhaltens zwischen den potentiellen Vertragspartnern. Die Drittinformation wird in einen sogenannten "privaten" Teil, welcher die für eine direkte Kommunikation zwischen dem ersten Vertragspartner und einem zweiten Vertragspartner erforderliche Identität des ersten Vertragspartners enthält, und einen sogenannten "öffentlichen" Teil zerlegt, der in der Art eines Werbevorspannes ("Teasers") das Interesse potentieller zweiter Vertragspartner an der Offenbarung des privaten Teils der Drittinformation wecken soll.

Gemäß der Erfindung wird unter den interessierten potentiellen zweiten Vertragspartnern eine Auktion um die Offenbarung des privaten Teils der Drittinformation durchgeführt; die Sieger der Auktion, welche durchaus mehrere sein können ($N=2,3..$), erhalten die gesamte Drittinformation offenbart. Der Parameter der Auktion, um den gesteigert wird, ist jedoch
30 nicht etwa der Preis für die Drittinformation selbst, sondern eine Abschlußgebühr, die nur dann zum Tragen kommt, wenn tatsächlich ein Vertragsabschluß stattfindet.

Die Auktion wird daher um einen „fiktiven“ Wert durchgeführt. Es ist das Verdienst der Erfindung, erkannt zu haben,
35 daß die Auktion dennoch wirksam durchgeführt werden kann. Wird

für die Gebotsgebühr ein in der Praxis geringer Betrag angesetzt, kann dabei gleichzeitig hohe Benutzerakzeptanz erreicht werden.

Die erfindungsgemäße Aufteilung in Gebotsgebühr zur Auktionsteilnahme und Abschlußgebühr als auktionsentscheidender Parameter gewährleistet eine praxisnahe, realistische Auktion bei gleichzeitig niedriger Überwindungsschwelle zur Teilnahme. Andererseits gewährleistet das Einheben der Gebotsgebühr und ihre Ausschüttung an den die Drittinformation einspeisenden Vermittler in der Praxis auch einen hervorragenden Anreiz zur Einspeisung von Drittinformationen in das System.

In einer zweckmäßigen Ausführungsform der Erfindung kann der aktuelle Stand der Auktion, insbesondere der jeweils N höchsten gebotenen Abschlußgebühren, für alle potentiellen zweiten Vertragspartner zur Abfrage zur Verfügung gestellt werden, so daß diese bis zu dem vorgegebenen Zeitpunkt weitere Gebote abgeben können. Die Kosten zur Herstellung des Geschäftskontaktes mit dem ersten Vertragspartner liegen somit in der Disposition eines jeden zweiten Vertragspartners und können entsprechend geringer als die für herkömmliche Werbekontakte erforderlichen Kosten gewählt werden.

Eine besonders bevorzugte Ausführungsform des erfindungsgemäßen Verfahrens zeichnet sich aus durch die weiteren Schritte:

(e) Empfangen von Bewertungsinformationen zu der Drittinformation innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne, und,

(f1) wenn eine der Bewertungsinformationen einen Vertragsabschluß zwischen dem ersten Vertragspartner und einem der zweiten Vertragspartner anzeigt, Empfangen der in dem Gebot dieses zweiten Vertragspartners angegebenen Abschlußgebühr und Senden zumindest eines Anteils daran an den Vermittler, oder,

(f2) wenn keine der Bewertungsinformationen einen Vertragsabschluß anzeigt, jedoch Bewertungsinformationen von einer Mehrheit der die N Gebote abgegeben habenden zweiten Vertragspartnern empfangen werden, Wiedererhalten der an den Ver-

mittler gesendeten Gebotsgebühren und Zurücksenden derselben an die zweiten Vertragspartner.

Auf diese Weise kann die Benutzerakzeptanz des Systems noch wesentlich gesteigert werden. Bewertungsinformationen können von beliebiger Seite eingespeist werden, z.B. vom Vermittler, dem vertragsabschließenden zweiten Vertragspartner, den übrigen N-1 potentiellen zweiten Vertragspartnern, welche die Auktion gewonnen hatten, jedoch kein Vertragsabschluß erreicht hatten, oder sogar vom ersten Vertragspartner selbst. Wenn irgendeine dieser Bewertungsinformationen einen erfolgten Vertragsabschluß anzeigt, belegt dies die Richtigkeit der Drittinformation und die in der Auktion angebotene Abschlußgebühr wird eingehoben.

Zweckmäßigerweise wird ein Großteil der eingehobenen Abschlußgebühr an den Vermittler weitergesandt, um den Anreiz für das Einspeisen von Drittinformation zu verstärken.

Andererseits verhindert das erfindungsgemäße Auswertungsverfahren für die Bewertungsinformationen auch das mißbräuchliche Einspeisen offensichtlich unrichtiger Drittinformationen. In diesem Fall ist mit einer Mehrzahl von Bewertungsinformationen der N potentiellen zweiten Vertragspartner, welche die Drittinformation erhalten hatten, zu rechnen. Solche Bewertungsinformationen werden als „Beschwerden“ qualifiziert und veranlassen die Rückabwicklung des gesamten Gebotsgebührenflusses.

Das erfindungsgemäße Verfahren kann noch weiter verfeinert werden, wenn gemäß einer bevorzugten Ausführungsform nur die Gebote mit den M höchsten Angaben von Gebotsgebühren für die Ermittlung der genannten N Gebote zugelassen werden, wobei $M > N$ ist. Dadurch wird eine zusätzliche Eintrittsschwelle für die Auktion geschaffen, d.h. tatsächlich ein zweistufiges Auktionsverfahren.

Bevorzugt ist es auch möglich, daß nur jene Gebote für die Ermittlung der genannten N Gebote herangezogen werden, deren Gebotsgebühr einen vorgegebenen Schwellwert übersteigt. Auf

diese Weise wird eine einheitliche Eintrittsschwelle für die Auktion vorgegeben bzw. verlangt, was besonders bei jenen Verfahrensvarianten von Vorteil ist, bei welchen die Gebotsgebühr für jeden mitbietenden zweiten Vertragspartner unterschiedlich ist bzw. gar von diesem selbst vorgegeben wird.

Bevorzugt wird für jeden Vermittler eine Statistik über seine Drittinformationen und/oder die Bewertungsinformationen zu allen seinen Drittinformationen geführt und aktualisiert. Dadurch können beispielsweise Vermittler mit ungünstigen Bewertungssstatistiken von der weiteren Einspeisung ausgeschlossen werden, oder solchen mit günstigen Statistiken der Zugang besonders erleichtert werden. Eine bevorzugte Variante des erfindungsgemäßen Verfahrens besteht dabei darin, daß der genannte Anteil an den Gebotsgebühren und/oder der genannte Anteil an der Abschlußgebühr abhängig von dieser Statistik bestimmt wird. Vermittler, die viele Drittinformationen einspeisen, von welchen wiederum viele zu Vertragsabschlüssen führen und zu welchen wenige „beschwerende“ Bewertungsinformationen einlangen, können auf diese Weise begünstigt werden.

Besonders vorteilhaft ist es auch, wenn für jeden gebotsabgebenden zweiten Vertragspartner eine Statistik über seine Gebote und/oder seine Bewertungsinformationen geführt und aktualisiert wird, so daß Vertragspartner mit günstiger Statistik bevorzugt behandelt werden können. Auch hier ist es besonders vorteilhaft, wenn gemäß der Erfindung vorgesehen wird, daß die Gebotsgebühr anhand dieser Statistik bestimmt, zusammen mit der Vertragsgegenstandsbeschreibung zur Verfügung gestellt und bei einem Gebot dieses zweiten Vertragspartners empfangen wird. Die für ein Gebot für eine bestimmte Drittinformation verrechnete Gebotsgebühr kann dadurch individuell an den jeweiligen Gebotsabgeber angepaßt werden.

Grundsätzlich gibt es verschiedene Arten zur Festlegung der Gebotsgebühr. Einerseits kann sie wie oben erörtert vorgegeben werden, insbesondere individuell für jeden zweiten Vertragspartner. Dabei kann die Gebotsgebühr auch abhängig von

einer Klassifizierung des zweiten Vertragspartner bestimmt werden. Dadurch ist es möglich, die Gebotsgebühr z. B. nach Branchenzugehörigkeit des individuellen zweiten Vertragspartners oder seiner Nutzungsart (z.B. gewerblich/privat) zu differenzieren.

Alternativ wird bevorzugt im Schritt (c) eine Angabe über die Höhe der Gebotsgebühr vom zweiten Vertragspartner empfangen. Hier bestimmen somit die zweiten Vertragspartner selbst die von ihnen geleistete Gebotsgebühr, was besonders vorteilhaft im Zusammenhang mit dem oben erörterten zweistufigen Auktionsverfahren ist.

Eine bevorzugte Variante des erfindungsgemäßen Verfahrens zeichnet sich dadurch aus, daß die genannten Zahl N zusammen mit der Vertragsgegenstandsbeschreibung zur Abfrage zur Verfügung gestellt wird. Dadurch können die potentiellen zweiten Vertragspartner den Wert der Drittinformation und ihre Auktionsteilnahme besser abschätzen, da eine Drittinformation um so wertvoller ist, je weniger anderen potentiellen zweiten Vertragspartnern sie offenbart wird.

Aus demselben Grund ist es auch besonders günstig, wenn die Drittinformation eine Angabe über die Informationsqualität, bevorzugt ihren Ursprung, enthält, welche zusammen mit der Vertragsgegenstandsbeschreibung zur Abfrage zur Verfügung gestellt wird. Eine solche Angabe über die Informationsqualität, insbesondere ihren Ursprung kann beispielsweise in der Angabe bestehen, ob

(a) der Vermittler selbst der erste Vertragspartner ist (=höchste Qualität der Drittinformation; diese ist hier eigentlich eine Information aus erster Hand, eine "Erstinformation"; der Begriff "Drittinformation" wird hier jedoch auch auf diese Art von Informationen erstreckt),

(b) der Vermittler Einfluß auf die Vertragsabschlußentscheidung des ersten Vertragspartners hat,

(c) der Vermittler lediglich Einblick in die Vertragsabschlußentscheidung des ersten Vertragspartners hat,

(d) der Vermittler vom potentiellen Vertragsabschlußwunsch des ersten Vertragspartners von diesem oder

(e) nur wieder von einem Dritten (Hörensagen) gehört hat (=niedrigste Qualitätsstufe der Information).

5 In jedem Fall ist es besonders günstig, wenn gemäß einem weiteren Merkmal der Erfindung die Vertragsgegenstandsbeschreibung der Drittinformation beim Speichern nach vorgegebenen Klassen von Vertragsgegenständen klassifiziert wird, bevorzugt mit Hilfe eines Expertensystems, welches den Vermittler
10 führt. Alternativ könnte eine solche Klassifikation erst bei der Abfrage durchgeführt werden.

Dabei kann bevorzugt die Gebotsgebühr auch abhängig von der genannten Klasse der Vertragsgegenstandsbeschreibung bestimmt werden, und zwar alternativ oder zusätzlich zu den oben
15 genannten Möglichkeiten der Bestimmung der Gebotsgebühr. Die Gebotsgebühr kann daher z.B. nach Branchen- oder Wertkategorien gestaffelt werden; so wird beispielsweise die Gebotsgebühr für den Zugang zur Identität eines Vertragspartners, der ein hochpreisiges Baufahrzeug benötigt, höher sein als hinsichtlich
20 eines Bedarfes nach einem kurzlebigen Konsumgut.

Eine weitere vorteilhafte Ausführungsform des erfindungsgemäßen Verfahrens zeichnet sich dadurch aus, daß der Zugang zur Vertragsgegenstandsbeschreibung für einen bestimmten zweiten Vertragspartner nur abhängig von einer Klassifizierung
25 dieses zweiten Vertragspartners zugelassen wird. Alternativ oder zusätzlich kann das Empfangen von Geboten eines bestimmten zweiten Vertragspartners nur abhängig von einer Klassifizierung dieses zweiten Vertragspartners zugelassen werden. Beide Maßnahmen ermöglichen ein Blockieren von unerwünschten
30 Geboten.

Ein weiterer Aspekt der Erfindung besteht in der Schaffung einer Anlage zur Steuerung der Kommunikation zwischen zumindest einem ersten Vertragspartner und potentiellen zweiten Vertragspartnern auf Grundlage von Drittinformation eines Vermittlers, wobei die Drittinformation zumindest die Identität
35

des ersten Vertragspartners und eine Beschreibung des Vertragsgegenstandes umfaßt, mit:

einer ersten Datenbank mit einer Einspeiseschnittstelle für den Vermittler zur Aufnahme von Drittinformation, wobei
5 die erste Datenbank einen privaten Abschnitt und einen öffentlichen Abschnitt aufweist und im privaten Abschnitt zumindest die Identität des ersten Vertragspartners und im öffentlichen Abschnitt zumindest die Beschreibung des Vertragsgegenstandes speichert, und ferner mit einer Abfrageschnittstelle zur Ab-
10 frage des öffentlichen Abschnittes durch potentielle zweite Vertragspartner,

einer Kontoführungsvorrichtung zur Führung von Guthabenkonten für jeden eine Drittinformation einspeisenden Vermittler,

15 einer zweiten Datenbank mit einer Einspeiseschnittstelle für die zweiten Vertragspartner zur Aufnahme von Geboten für den Zugang zum privaten Abschnitt der ersten Datenbank hinsichtlich einer bestimmten Drittinformation, wobei jedes Gebot zumindest die Angabe einer Abschlußgebühr enthält, die vom je-
20 weiligen zweiten Vertragspartner für einen Vertragsabschluß mit dem ersten Vertragspartner geboten wird, und wobei jedem Gebot eine vorgebbare Gebotsgebühr zugeordnet ist,

einer Kontoführungsvorrichtung zur Führung von Guthabenkonten für jeden ein Gebot einspeisenden zweiten Vertragspart-
25 ner,

einem Sammelpeicher zur Sammlung von Gebotsgebühren, wobei jedes Einspeisen eines Gebotes in die zweite Datenbank den Transfer der zugeordneten Gebotsgebühr vom Guthabenkonto des einspeisenden zweiten Vertragspartners zum Sammelpeicher aus-
30 löst, und

einer Auktionsvorrichtung, die zu einem vorgegebenen Zeitpunkt die Gebote mit den N höchsten Angaben von Abschlußgebühren aus der zweiten Datenbank ermittelt, wobei $N \geq 1$, für jeden eines dieser N Gebote eingespeist habenden zweiten Ver-
35 tragspartner den Zugang zum privaten Abschnitt der ersten Da-

tenbank für die von diesem Gebot betroffene Drittinformation freischaltet, und den Transfer eines vorgebbaren Anteils aller im Sammelpeicher gesammelter Gebotsgebühren zum Guthabenkonto des die betroffene Drittinformation eingespeist habenden Vermittlers auslöst.

Die erfindungsgemäße Anlage ermöglicht die automatische Durchführung des beschriebenen Verfahrens. Bezüglich der Funktionsweise und der Vorteile der Anlage wird daher auf die entsprechende Erörterung des Verfahrens verwiesen. Zweckmäßigerweise ist die erfindungsgemäße Anlage computergestützt.

Eine besonders bevorzugte Ausführungsform der erfindungsgemäßen Anlage zeichnet sich dadurch aus, daß eine Auswertevorrichtung mit zumindest einer Eingangsschnittstelle für den Empfang von Bewertungsinformationen vorgesehen ist, welche Auswertevorrichtung den Empfang von Bewertungsinformationen zu der Drittinformation innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne freigibt und, wenn eine der Bewertungsinformationen einen Vertragsabschluß zwischen dem ersten Vertragspartner und einem der zweiten Vertragspartner anzeigt, den Transfer zumindest eines Anteils der in dem Gebot dieses zweiten Vertragspartners angegebenen Abschlußgebühr von dessen Guthabenkonto auf das Guthabenkonto des Vermittlers auslöst, oder, wenn keine der Bewertungsinformationen einen Vertragsabschluß anzeigt, jedoch Bewertungsinformationen von einer Mehrheit der die N Gebote abgegeben habenden zweiten Vertragspartnern vorliegen, den Rücktransfer der Gebotsgebühren vom Guthabenkonto des Vermittlers auf die Guthabenkonto der zweiten Vertragspartner auslöst. Auf diese Weise wird die Sicherheit und Benutzerakzeptanz der Anlage noch wesentlich gesteigert, wie oben erläutert wurde.

Weitere Merkmale und Vorteile der erfindungsgemäßen Anlage ergeben sich aus den Unteransprüchen und der folgenden Beschreibung.

Die Erfindung schafft schließlich auch ein Computerprogrammprodukt, gegebenenfalls auf einem computerlesbaren Daten-

träger gespeichert, das ein Verfahren der offenbarten Art implementiert.

Die erfindungsgemäße Anlage kann sowohl mittels Hardware als auch Software realisiert werden; die Erfindung schafft
5 demgemäß auch ein Computerprogrammprodukt, gegebenenfalls gespeichert auf einem computerlesbaren Datenträger, das eine Softwareimplementierung der offenbarten Anlage darstellt.

Die Erfindung wird nachstehend anhand von in den Zeichnungen dargestellten Ausführungsbeispielen näher erläutert. In
10 den Zeichnungen zeigt Fig. 1 ein Blockschaltbild der Anlage der Erfindung, Fig. 2 schematisch den Aufbau eines Datensatzes in der ersten Datenbank für Drittinformationen, Fig. 3 schematisch den Aufbau eines Datensatzes in der zweiten Datenbank für Gebote, und Fig. 4 das Interaktions- und Sequenzdiagramm
15 des Verfahrens der Erfindung.

Fig. 1 zeigt eine Anlage zur Steuerung der Kommunikation zwischen einem ersten Vertragspartner A und mehreren potentiellen zweiten Vertragspartnern $B_1, B_2, \dots B_n$, von denen ein Vertragspartner B_i stellvertretend gezeigt ist. Die direkte Kommunikation zwischen dem ersten Vertragspartner A und einem zweiten Vertragspartner B_i erfolgt außerhalb der Anlage von Fig. 1
20 (siehe Pfeil 46), jedoch angeregt und gesteuert durch die Anlage von Fig. 1, und zwar auf Grundlage einer Drittinformation 1, die ein Vermittler V in die Anlage einspeist.

Die Drittinformation 1 umfaßt zumindest eine Angabe 2 über die Identität des Vertragspartners A und eine Beschreibung 3 des Vertragsgegenstandes, über welchen der Vertragspartner A einen Vertragsabschluß zu erreichen sucht (siehe Fig. 2). Die Drittinformation 1 gelangt vom Vertragspartner A direkt oder
30 über Mittler oder Medien zum Vermittler V (siehe Pfeil 45). Im einfachsten Fall (nicht dargestellt) können der Vertragspartner A und der Vermittler V ein und dieselbe Person sein.

Der Vertragsgegenstand kann an sich beliebiger Art sein, z.B. ein Kauf, Verkauf, ein Werkvertrag, ein Dienstvertrag,
35 ein Mietvertrag usw. Beispielsweise möchte A ein Auto kau-

fen/verkaufen, eine Wohnung mieten/vermieten, einen Arbeitsvertrag eingehen/vergeben, usw.

5 Gemäß Fig. 1 weist die Anlage eine erste Datenbank 4 zur Aufnahme der Drittinformationen 1 auf. Die erste Datenbank 4 ist mit einer Einspeiseschnittstelle 5 für den Vermittler V versehen. Die Einspeiseschnittstelle 5 kann auf beliebige in der Technik bekannte Art gestaltet sein, beispielsweise in Form eines Computerterminals, einer Server/Client-basierenden Internetlösung, so daß der Vermittler V über einen herkömmlichen Internetbrowser auf die Datenbank 4 zugreifen kann, in Form eines Sprachantwortmodules („voice response unit“, VRU) 10 zwecks Zuganges über das öffentliche Telefonnetz, od. dgl.

Die erste Datenbank 4 ist in einen privaten Abschnitt 6 und einen öffentlichen Abschnitt 7 unterteilt, wobei im privaten Abschnitt 6 zumindest die Vertragspartneridentität 2 und im öffentlichen Abschnitt 7 zumindest die Vertragsgegenstandsbeschreibung 3 gespeichert wird. Tatsächlich werden zu jeder Drittinformation 1 in der Datenbank 4 noch weitere Informationen gespeichert, beispielsweise eine eindeutige Informationsidentifikation „I“ 8 und eine Vermittlerkennung „V“ 9 (siehe Fig. 2). Darüber hinaus kann der Vermittler V (oder der Betreiber der Anlage, falls gewünscht) zusätzlich eine Angabe 10 über die Qualität der Information einspeisen, welche im öffentlichen Abschnitt 7 gespeichert wird. Die Informationsqualitätsangabe 10 kann in Qualitätsstufen angegeben sein, beispielsweise den eingangs genannten Stufen (a) bis (e). Die Vertragsgegenstandsbeschreibung 3 kann auch quantitative Angaben über den gewünschten Vertragsabschluß enthalten, z.B. einen maximalen/minimalen Preis, Stückzahlen, Lieferzeiten, Dienstzeiten, usw. 25 Darüber hinaus enthält der öffentliche Abschnitt 7 der ersten Datenbank 4 zur jeder Drittinformation 1 noch weitere Angaben 11 bis 13, deren Zweck später noch beschrieben wird. 30

Die erste Datenbank 4 ist mit einer Abfrageschnittstelle 35 14 zur Abfrage des öffentlichen Abschnittes 7, insbesondere

der Vertragsgegenstandsbeschreibung 3, der Informationsqualitätsangabe 10 und der weiteren Angaben 11 bis 13, durch potentielle zweite Vertragspartner B_1 versehen.

Die Einspeiseschnittstelle 1, die erste Datenbank 4
5 und/oder die Abfrageschnittstelle 14 klassifizieren die eingespeisten Drittinformationen 1 bevorzugt nach vorgegebenen Klassen von möglichen Vertragsgegenständen, so daß die Vertragspartner B_1 die erste Datenbank 4 nach interessierenden Drittinformationen 1 einfacher durchsuchen können. Dabei kann
10 ein Expertensystem verwendet werden, welches z.B. in der Einspeiseschnittstelle 1 oder in der Abfrageschnittstelle 14 entsprechende Fragen an den Vermittler V oder den Vertragspartner B_1 stellt und diesen führt.

Die Abfrageschnittstelle 14 kann auch so eingerichtet
15 sein, daß sie eine Klassifizierung eines abfragenden Vertragspartners B_1 durchführt oder entgegennimmt, z.B. nach Branche oder Nutzerart (z.B. privat/gewerblich) klassifiziert usw. Abhängig von der Klassifizierung des zweiten Vertragspartners B_1 kann die Abfrageschnittstelle 14 die Abfrage von z.B. bran-
20 chenfremden Drittinformationen oder von gewerblichen Drittinformationen für nichtgewerbliche Nutzer und umgekehrt blockieren.

Für einen Vertragspartner B_1 wird der Zugang zum privaten Abschnitt 6 der ersten Datenbank 4 nur dann freigegeben, wenn
25 ein allgemein mit 15 bezeichnetes Auktionsmodul diesen Zugang freigibt, wie der vom Auktionsmodul 15 gesteuerte Schalter 16 versinnbildlicht.

Das Auktionsmodul 15 umfaßt eine zweite Datenbank 17, in welche zweite Vertragspartner B_1 über eine Einspeiseschnitt-
30 stelle 18 Gebote 19 für den Zugang zum privaten Abschnitt 6 der ersten Datenbank 4 für eine bestimmte Drittinformation 1 einspeisen können. Ein möglicher Datensatzaufbau zur Speicherung eines Gebotes 19 ist in Fig. 3 gezeigt. Der Datensatz 19' für das Gebot 19 enthält eine eindeutige Gebotsidentifikation
35 „G“ 20, eine Kennung „ B_1 “ 21 des gebotsabgebenden potentiellen

zweiten Vertragspartners B_1 , eine Referenz 22 auf die Informationsidentifikation „I“, optional weitere Informationen „InfB“ 23 des Vertragspartners B_1 , welche dem Vermittler V oder dem ersten Vertragspartner A bei Erhalten des Zuganges zum privaten Abschnitt 6 gesendet werden sollen, sowie eine Angabe 24 über eine gebotene Abschlußgebühr P als Wertparameter des Gebotes 19. Die Abschlußgebühr P wird vom Vertragspartner B_1 dem Vermittler V geboten, wenn es zu einem tatsächlichen Vertragsabschluß zwischen dem zweiten Vertragspartner B_1 und dem ersten Vertragspartner A kommt. Die Abschlußgebühr P kann sowohl in einer fixen Gebühr als auch in einem prozentuellen Anteil am Wert des Vertragsgegenstandes ("Provisionsprozentsatz") liegen, in einem Gegengeschäft, in Naturalien usw.

Jedem Gebot 19 ist ferner eine Gebotsgebühr "C" zugeordnet. Diese Gebotsgebühr C ist von jedem ein Gebot 19 abgebenden potentiellen zweiten Vertragspartner B_1 zunächst an den Betreiber der Anlage zu leisten. Zu diesem Zweck umfaßt die Anlage eine Kontoführungsvorrichtung 26 zur Führung von Guthabenkonto 27 für zumindest jeden ein Gebot abgebenden Vertragspartner B_1 . Dem Betreiber der Anlage ist ein Sammel Speicher 28 zur Sammlung von Gebotsgebühren C zugeordnet. Jedes Einspeisen eines Gebotes 19 in die zweite Datenbank 17 veranlaßt parallel einen Transfer der zugeordneten Gebotsgebühr C vom Guthabenkonto 27 des einspeisenden zweiten Vertragspartners B_1 zum Sammel Speicher 28.

Es versteht sich, daß der eigentliche Geldfluß von einem der zweiten Vertragspartner B_1 zum Anlagenbetreiber beliebig und auf vielerlei Arten gestaltet sein kann, beispielsweise mittels Banküberweisung, Kreditkartenbelastung, Telefonrechnung, "Cybercash", usw. Die Kontoführungsvorrichtung 26 und der Sammel Speicher 28 haben vor allem die Funktion, die Geldflüsse zu protokollieren und dem Vertragspartner B_1 und dem Anlagenbetreiber zuzuordnen.

Die Höhe der Gebotsgebühr C wird in der Praxis gering angesetzt, z.B. 0,5 EURO oder weniger. Jedes Gebot 19 kann einer

einheitlichen Gebotsgebühr C unterliegen, oder die Gebotsgebühr C kann je nach Drittinformation 1, Vermittler V und/oder zweitem Vertragspartner B₁ variieren. In letzteren Fällen kann der Datensatz 19' zusätzlich eine Angabe 25 über die dem Gebot zugeordnete Gebotsgebühr C enthalten, und/oder der öffentliche Abschnitt 7 der ersten Datenbank 4 kann eine Angabe 11 über die Gebotsgebühr C enthalten, welche für ein Gebot für die Drittinformation 1 zu entrichten ist, und/oder die Abfrageschnittstelle 14 kann dynamisch anhand der Identität des Vertragspartners B₁ eine Gebotsgebühr C berechnen und anzeigen.

Die Höhe der Gebotsgebühr C kann grundsätzlich sowohl vom System vorgegeben als auch von einem bietenden zweiten Vertragspartner B₁ angegeben, d.h. über die Einspeiseschnittstelle 18 der zweiten Datenbank 17 im Rahmen eines Gebotes 19 empfangen werden. Im ersten Fall wird in der Praxis die Gebotsgebühr z.B. abhängig vom Wert und der voraussichtlichen Begehrtheit einer Drittinformation 1, der voraussichtlichen Anzahl der bietenden zweiten Vertragspartner B₁, und/oder der geschätzten Anzahl aller in dieser Klasse oder Branche auf dem Markt befindlichen potentiellen zweiten Vertragspartner B₁ festgelegt, ergänzt durch Daten aus den Statistiken früherer Auktionen in dieser Klasse oder Branche. Davon ausgehend kann die Gebotsgebühr C dann nochmals anhand der individuellen Statistiken jedes Vertragspartners abgestuft werden. Im zweiten Fall ermöglicht die Angabe der Höhe der Gebotsgebühr C durch einen zweiten Vertragspartner B₁ wie beschrieben die Durchführung einer zweistufigen Auktion.

Das Einspeisen von Geboten 19 in die zweite Datenbank 17 ist nur innerhalb eines vorgegebenen Zeitfensters bzw. bis zu einem vorgegebenen Zeitpunkt t ("Annahmeschluß") möglich. Zu diesem Zweck ist im Auktionsmodul 15 eine Auktionsvorrichtung 29 schematisch dargestellt, welche zum vorgegebenen Zeitpunkt t das Einspeisen weiterer Gebote in die Datenbank 17 und das Einzahlen weiterer Gebotsgebühren C in den Sammel Speicher 28 unterbindet, versinnbildlicht durch Schalter 30, 31, und zu

einer Auswertung der vorliegenden Gebote 19 übergeht, versinnbildlicht durch Schaltwähler 32. Dabei ermittelt die Auktionsvorrichtung 29 jene Gebote 19, welche die N höchsten Angaben 24 von Abschlußgebühren P enthalten, wobei $N \geq 1$ ist. D. h., es
5 kann mehr als einen "Gewinner" der Auktion geben.

Die Auktionsvorrichtung 29 kann so eingerichtet sein, daß sie bei der Ermittlung der N "gewinnenden" Gebote 19 überhaupt nur jene Gebote 19 berücksichtigt bzw. zuläßt, bei denen die Angabe 25 der Gebotsgebühr C einen vorgegebenen Schwellwert
10 übersteigt, und/oder dieses Gebot zu den Geboten 19 mit den M höchsten Angaben 25 von Gebotsgebühren C gehört, wobei $M > N$ ist.

Für diese "Gewinner"-Vertragspartner B_i gibt die Auktionsvorrichtung 29 bzw. das Auktionsmodul 15 nun den Zugang zum privaten Abschnitt 6 der ersten Datenbank 4 frei und ermöglicht damit einem gewinnenden Vertragspartner B_i den Zugang zu-
15 mindest zur Vertragspartneridentität 2 der Drittinformation 1.

Gleichzeitig löst die Auktionsvorrichtung 29 den Transfer aller im Sammelpeicher 28 gesammelten Gebotsgebühren C zugunsten des Vermittlers V aus, welcher diese Drittinformation 1 eingespeist hatte, versinnbildlicht durch Schalter 33. Zu diesem Zweck ist die Anlage mit einer weiteren Kontoführungsvorrichtung 34 zur Führung von Guthabenkonten 35 zumindest für
20 jeden eine Drittinformation einspeisenden Vermittler V ausgestattet, und der Transfer erfolgt vom Sammelpeicher 28 zum entsprechenden Guthabenkonto 35. Es versteht sich, daß die Kontoführungsvorrichtungen 26 und 34 auch eine gemeinsame Kontoführungsvorrichtung sein können.

Auch ist klar, daß der tatsächliche Geldfluß vom Einflußbereich des Anlagenbetreibers zum Einflußbereich des Vermittlers V auf beliebige Art erfolgen kann, beispielsweise auf alle oben genannten Arten, und die Kontoführungsvorrichtung 34 vor allem die Funktion einer Protokollierung der Geldflüsse hat.
30

Der Transfer der gesammelten Gebotsgebühren C vom Sammel-
speicher 28 zum Guthabenkonto 35 des Vermittlers V kann einer
weiteren Bedingung unterliegen, die durch einen optionalen
Schalter 36 versinnbildlicht ist, dessen Zweck noch erläutert
5 wird.

Tatsächlich wird nicht die gesamte Summe ΣC aller im Sam-
melspeicher gesammelter Gebotsgebühren C an das Guthabenkonto
35 des Vermittlers V gesendet, sondern nur ein vorgegebener
Anteil $q\Sigma C$. Zu diesem Zweck ist in den Transferweg vom Sammel-
10 speicher 28 zur Kontoführungsvorrichtung 34 ein Anteilsrechner
37 eingeschaltet.

Der vorgegebene Anteil q ist bevorzugt ein Großteil der
Gebotsgebührensomme ΣC ; bevorzugt liegt q im Bereich von 0,7
bis 0,99, besonders bevorzugt um 0,8. Der verbleibende Betrag
15 $(1-q)\Sigma C$ verbleibt dem Betreiber der Anlage und wird auf ein
entsprechendes (nicht dargestelltes) Sammelkonto weiterüber-
wiesen.

Der Annahmeschluß t für ein Gebot 19 sowie die Anzahl N
der "Gewinner" der Auktion für eine bestimmte Drittinformation
20 1 können im öffentlichen Abschnitt 7 der ersten Datenbank 4
für die Vertragspartner B_i zugänglich gemacht werden, siehe
Felder 12 und 13 des Datensatzes 19'. Alternativ können diese
Angaben in der Abfrageschnittstelle 14 generiert und der abge-
fragten Drittinformation 1 hinzugefügt werden.

Die Anlage von Fig. 1 weist auch eine Auswertevorrichtung
38 auf, welche eine erste Schnittstelle 39 für den Empfang ei-
ner Bewertungsinformation R vom Vermittler V und eine zweite
Schnittstelle 40 für den Empfang von Bewertungsinformationen R
von zweiten Vertragspartnern B_i aufweist. Jede Bewertungsinfor-
30 mation R kann insbesondere folgende Werte einnehmen:

- (keine Bewertungsinformation).
- "Vertragsabschluß": Es ist zu einem Vertragsabschluß
zwischen dem ersten Vertragspartner A und einem der
zweiten Vertragspartner B_i , welche die gesamte
Drittinformation 1 offenbart erhalten hatten,
35 gekommen.

- „Bewertung“ und „von einem der Vertragspartner B_1 , welche die gesamte Drittinformation 1 offenbart erhalten hatten, stammend“: Es handelt sich um eine Bewertung der Qualität der offenbarten Drittinformation 1.

Die Auswertevorrichtung 38 wertet innerhalb einer vorgebbaren Zeitspanne T nach dem vorgegebenen Zeitpunkt t alle einlangenden Bewertungsinformationen R aus und führt folgende Auswertelogik durch:

- Wenn auch nur eine einzige Bewertungsinformation R den Wert "Vertragsabschluß" hat, dann war die Drittinformation 1 authentisch und die Auswertevorrichtung 38 veranlaßt den Transfer der in dem Gebot 19 des zum Vertragsabschluß gekommenen Vertragspartners B_1 angegebenen Abschlußgebühr P zum Guthabenkonto 35 des Vermittlers V , wie durch den Schalter 41 versinnbildlicht. Es wird nicht die gesamte Abschlußgebühr P transferiert, sondern ein zwischengeschalteter Anteilsrechner 42 sendet einen Anteil uP zum Guthabenkonto 35. Der verbleibende Anteil $(1-u)P$ wird auf ein (nicht gezeigtes) Sammelkonto des Betreibers der Anlage transferiert. Gleichzeitig mit der Freigabe des Transfers der Abschlußgebühr P gibt die Auswertevorrichtung 38 über den Schalter 36 auch den oben beschriebenen Transfer der Gebotsgebührensomme ΣC frei.
- Wenn keine der empfangenen Bewertungsinformationen R "Vertragsabschluß" anzeigt und keine Bewertungsinformation R von einem der Vertragspartner B_1 , welche die gesamte Drittinformation 1 offenbart erhalten hatten, empfangen wurde, dann kam offensichtlich zwar kein Vertragsabschluß zustande, die Drittinformation war jedoch offensichtlich authentisch. In diesem Fall veranlaßt die Auswertevorrichtung 38 zwar keinen Transfer einer Abschlußgebühr P , gibt jedoch den Transfer der Gebotsgebührensomme ΣC frei.

- Wenn keine der empfangenen Bewertungsinformationen R "Vertragsabschluß" anzeigt und eine Mehrheit jener N Vertragspartner B_i , welche die gesamte Drittinformation 1 offenbart erhalten hatten, eine Bewertungsinformation R gesendet hat (oder zumindest eine solche Anzahl der N Vertragspartner B_i , welche einen vorgegebenen Schwellwert übersteigt), wird angenommen, daß die Drittinformation 1 unrichtig war. In diesem Fall unterbindet die Auswertevorrichtung 38 den Transfer einer Abschlußgebühr P und unterbindet auch den Transfer der Gebotsgebührensomme ΣC . Zusätzlich kann die Auswertevorrichtung 38 den Rücktransfer der im Sammel Speicher 28 gespeicherten Gebotsgebührensomme ΣC auf die Guthabenkonto 27 jener Vertragspartner B_i auslösen, welche ein Gebot 19 eingespeist hatten.

Es versteht sich, daß anstelle der gezeigten Unterbindung der Transfers mit Hilfe der Schalter 36 und 41 auch entsprechende Rücktransfers vorgesehen werden können. So kann beispielsweise der gesamte weiterzugebende Anteil $q\Sigma C$ der Gebotsgebührensomme ΣC sofort dem Guthabenkonto 35 des Vermittlers V gutgeschrieben werden, und erst nach Ablauf der Zeitspanne T kann die Auswertevorrichtung 38 einen entsprechenden Rücktransfer vom Guthabenkonto 35 zu den Guthabenkonto 27 der Vertragspartner B_i vornehmen. Es ist klar, daß die Schalter 36, 40 hier auch als Sinnbilder für eine solche äquivalente Vorgangsweise stehen.

An die Auswertevorrichtung 38 ist ferner eine Datenbank 43 angeschlossen. Die Datenbank 43 führt und aktualisiert eine Statistik 44' für jeden Vermittler V hinsichtlich aller von ihm eingespeisten Drittinformationen 1 und/oder die zu seinen Drittinformationen 1 empfangenen Bewertungsinformationen R; sowie eine Statistik 44" für jeden Vertragspartner B_i , der ein Gebot 19 abgegeben hat, hinsichtlich aller seiner Gebote 19 und/oder seiner Bewertungsinformationen R.

Auf Grundlage der Statistik 44' für einen Vermittler V steuert die Statistikdatenbank 43 den Anteilsfaktor q , welchen der Vermittler V von allen Gebotsgebühren EC erhält, und/oder jenen Anteilsfaktor u , welchen der Vermittler V von einer Abschlußgebühr P erhält. In gleicher Weise kann die Statistikdatenbank auf Grundlage der Statistik 44" für einen bestimmte Vertragspartner B_i die Höhe der Gebotsgebühr C festlegen, die dieser Vertragspartner für ein Gebot 19 für eine bestimmte Drittinformation 1 zu leisten hat.

Anhand von Fig. 4 wird nun der Ablauf des erfindungsgemäßen Verfahrens erläutert.

In einem ersten, außerhalb des eigentlichen Verfahrens gelegenen Schritt 45 informiert der erste Vertragspartner A den Vermittler V über einen Vertragsabschlußwunsch. Der Vermittler V sendet in einem Schritt (a) diese Information als Drittinformation 1, umfassend zumindest die Vertragspartneridentität 2 und die Vertragsgegenstandsbeschreibung 3, an einen Ort S, z.B. den Ort der Anlage von Fig. 1 eines Anlagenbetreibers X. Die Drittinformation 1 ist oder wird bei der Speicherung in ihre Teile 2 und 3 zerlegt.

In einem Schritt (b) wird zweiten Vertragspartnern $B_1, B_2, \dots B_i, \dots B_n$ Zugang zur Vertragsgegenstandsbeschreibung 3 der Drittinformation 1 gewährt und diese fragen sie ab.

Im Schritt (c) werden von einigen Vertragspartnern B_1, B_i und B_n Gebote 19 für den Zugang zur Vertragspartneridentität 2 der Drittinformation 1 empfangen, wobei jedes Gebot 19 gemäß Fig. 3 zumindest die Angabe einer Abschlußgebühr P umfaßt, die für einen Vertragsabschluß mit dem Vertragspartner A geboten wird, und von einer Gebotsgebühr C begleitet ist. Die Gebote 19 werden in der Datenbank 17 gespeichert, die Gebotsgebühren C im Sammelpeicher 28. Die Höhe der Gebotsgebühr C kann sowohl vom Sender als auch vom Empfänger festgelegt werden.

Es versteht sich, daß der Sammelpeicher 28 als Teil der Datenbank 17 ausgebildet sein kann; im einfachsten Fall (nicht dargestellt) bildet die bloße Auflistung der Gebote 19 in der

zweiten Datenbank 17 den Sammelpeicher 28, da sich auch daraus jederzeit die Gebotsgebührensomme ΣC ermitteln läßt.

Zum vorgegebenen Zeitpunkt t werden im Schritt (d) die Gebote mit den N höchsten Angaben von Abschlußgebühren P ermittelt. In dem Beispiel von Fig. 4 ist $N = 2$. Dabei können auch nur jene Gebote Berücksichtigung finden, deren Gebotsgebühr C einen vorgegebenen Schwellwert übersteigt und/oder die zu den M Geboten mit den M höchsten Gebotsgebühren gehören, mit $M > N$.

An die diese N Gebote abgebenden Vertragspartner B_1 und B_n wird nun die Vertragspartneridentität 2 gesendet und offenbart. Gleichzeitig, davor oder danach wird ein Anteil $q\Sigma C$ der Gebotsgebührensomme ΣC an den Vermittler V gesandt; dies könnte alternativ auch zu einem wesentlich späteren Zeitpunkt erfolgen, beispielsweise nach Ablauf der Zeitspanne T des nachfolgenden Schrittes (e), oder akkumuliert zu festgelegten Zeitpunkten, usw.

In einem Schritt 46, welcher außerhalb des eigentlichen Verfahrens liegt, erfolgen Vertragsverhandlungen zwischen dem Vertragspartner A und den Vertragspartnern B_1 und B_n . In dem gezeigten Beispiel erhält Vertragspartner B_n den Zuschlag und der Vertragsabschluß erfolgt mit dem Vertragspartner B_n .

Im Schritt (e) werden innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne T nach dem Zeitpunkt t , beispielsweise einer Woche, einem Monat oder bevorzugt einem Jahr, Bewertungsinformationen R sowohl von Seiten des Vermittlers V als auch der zweiten Vertragspartner $B_1, B_2, \dots B_1, \dots B_n$ empfangen, gegebenenfalls sogar vom ersten Vertragspartner A . Optional werden nur Bewertungsinformationen R vom Vermittler V und von jenen Vertragspartnern B_1 und B_n akzeptiert, an welche die Vertragspartneridentität 2 gesendet worden war.

Abhängig von einer Auswertung der Bewertungsinformationen R , wie sie oben unter Bezugnahme auf Fig. 1 beschrieben wurde, wird nun entweder Schritt (f1) oder (f2) durchlaufen. Im Schritt (f1) wird die in dem Gebot jenes Vertragspartners B_n ,

welcher zum Vertragsabschluß kam, angegebene Abschlußgebühr P empfangen und der Anteil uP daran an den Vermittler V gesandt. Mit 47 ist der Leistungsaustausch zwischen dem ersten Vertragspartner A und dem zweiten Vertragspartner B_n hinsichtlich
5 des Vertragsgegenstandes dargestellt, welcher außerhalb des Verfahrens liegt.

Im alternativen Schritt (f2) wird der Transfer aller empfangenen Gebotsgebühren C rückabgewickelt, beginnend vom Vermittler V zum Ort S bzw. Betreiber X und von dort zu den einzelnen Vertragspartnern B_1 , B_i und B_n .
10

Die in Fig. 1 dargestellte Anlage und das in Fig. 4 veranschaulichte Verfahren können sowohl mittels hardware- als auch softwaretechnischer Maßnahmen realisiert bzw. implementiert werden. Die Gestaltung der entsprechenden Softwarekomponenten zur Implementierung der in Fig. 1 gezeigten Anlagenkomponenten
15 bzw. der in Fig. 4 gezeigten Verfahrensschritte ist in der Technik bekannt.

Die Erfindung ist selbstverständlich nicht auf die dargestellten Ausführungsformen beschränkt, sondern umfaßt alle Varianten und Modifikationen, die in den Rahmen der angeschlossenen Ansprüche fallen.
20

THIS PAGE BLANK (USPTO)

Patentansprüche:

1. Verfahren zur Steuerung der Kommunikation zwischen
zumindest einem ersten Vertragspartner (A) und potentiellen
5 zweiten Vertragspartnern (B_1) auf Grundlage von Drittinformati-
on (1) eines Vermittlers (V), wobei die Drittinformation (1)
zumindest die Identität (2) des ersten Vertragspartners und
eine Beschreibung (3) des Vertragsgegenstandes umfaßt, mit den
Schritten:

10 (a) Empfangen einer Drittinformation (1) und Speichern
derselben,

(b) Zurverfügungstellen des Zuganges zur Vertragsgegen-
standsbeschreibung (3) der Drittinformation (1) für eine Ab-
frage durch zweite Vertragspartner (B_1),

15 (c) Empfangen von Geboten (19) von zweiten Vertragspart-
nern (B_1) für den Zugang zur Vertragspartneridentität (2) der
Drittinformation (1), wobei jedes Gebot (19) zumindest die An-
gabe (24) einer Abschlußgebühr (P) umfaßt, die vom jeweiligen
zweiten Vertragspartner (B_1) für einen Vertragsabschluß mit dem
20 ersten Vertragspartner (A) geboten wird, Empfangen einer Ge-
botsgebühr (C) für jedes Gebot (19) von jedem gebotsabgebenden
zweiten Vertragspartner (B_1), und Speichern der Gebote (19) und
Gebotsgebühren (C),

25 (d) Ermitteln der Gebote (19) mit den N höchsten Angaben
(24) von Abschlußgebühren (P) zu einem vorgegebenen Zeitpunkt
(t), wobei $N \geq 1$ ist, Senden der Vertragspartneridentität (2)
der Drittinformation (1) an die die N Gebote abgebenden zwei-
ten Vertragspartner (B_1), und Senden zumindest eines Anteiles
(qEC) aller Gebotsgebühren (C) an den Vermittler (V).

30 2. Verfahren nach Anspruch 1, gekennzeichnet durch die
weiteren Schritte:

(e) Empfangen von Bewertungsinformationen (R) zu der
Drittinformation (1) innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne
(T), und,

(f1) wenn eine der Bewertungsinformationen (R) einen Vertragsabschluß zwischen dem ersten Vertragspartner (A) und einem der zweiten Vertragspartner (B_1) anzeigt, Empfangen der in dem Gebot (19) dieses zweiten Vertragspartners (B_1) angegebenen Abschlußgebühr (P) und Senden zumindest eines Anteils (uP) daran an den Vermittler (V), oder,

(f2) wenn keine der Bewertungsinformationen (R) einen Vertragsabschluß anzeigt, jedoch Bewertungsinformationen (R) von einer Mehrheit der die N Gebote (19) abgegeben habenden zweiten Vertragspartnern (B_1) empfangen werden, Wiedererhalten der an den Vermittler (V) gesendeten Gebotsgebühren (q Σ C) und Zurücksenden derselben an die zweiten Vertragspartner (B_1).

3. Verfahren nach Anspruch 1 oder 2, dadurch gekennzeichnet, daß nur die Gebote (19) mit den M höchsten Angaben (25) von Gebotsgebühren (C) für die Ermittlung der genannten N Gebote zugelassen werden, wobei $M > N$ ist.

4. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 3, dadurch gekennzeichnet, daß nur jene Gebote (19) für die Ermittlung der genannten N Gebote herangezogen werden, deren Gebotsgebühr (C) einen vorgegebenen Schwellwert übersteigt.

5. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 4, dadurch gekennzeichnet, daß für jeden Vermittler (V) eine Statistik (44') über seine Drittinformationen (1) und/oder die Bewertungsinformationen (R) zu allen seinen Drittinformationen (1) geführt und aktualisiert wird.

6. Verfahren nach Anspruch 5, dadurch gekennzeichnet, daß der genannte Anteil (q Σ C) an den Gebotsgebühren (Σ C) und/oder der genannte Anteil (uP) an der Abschlußgebühr (P) abhängig von dieser Statistik (44') bestimmt wird.

7. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 6, dadurch gekennzeichnet, daß für jeden gebotsabgebenden zweiten Vertragspartner (B_1) eine Statistik (44'') über seine Gebote (19) und/oder seine Bewertungsinformationen (R) geführt und aktualisiert wird.

8. Verfahren nach Anspruch 7, dadurch gekennzeichnet, daß die Gebotsgebühr (C) anhand dieser Statistik (44") bestimmt, zusammen mit der Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) zur Verfügung gestellt und bei einem Gebot (19) dieses zweiten
5 Vertragspartners (B_1) empfangen wird.

9. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 8, dadurch gekennzeichnet, daß die Gebotsgebühr (C) auch abhängig von einer Klassifizierung des zweiten Vertragspartners (B_1) bestimmt wird.

10 10. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 7, dadurch gekennzeichnet, daß im Schritt (c) eine Angabe (25) über die Höhe der Gebotsgebühr (C) vom zweiten Vertragspartner (B_1) empfangen wird.

11. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 10, dadurch
15 gekennzeichnet, daß die genannten Zahl N zusammen mit der Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) zur Abfrage zur Verfügung gestellt wird.

12. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 11, dadurch
20 gekennzeichnet, daß die Drittinformation (1) eine Angabe (10) über die Informationsqualität, bevorzugt ihren Ursprung, enthält, welche zusammen mit der Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) zur Abfrage zur Verfügung gestellt wird.

13. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 12, dadurch
25 gekennzeichnet, daß die Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) der Drittinformation (1) beim Speichern nach vorgegebenen Klassen von Vertragsgegenständen klassifiziert wird, bevorzugt mit Hilfe eines Expertensystems, welches den Vermittler (V) führt.

14. Verfahren nach Anspruch 13, dadurch gekennzeichnet,
30 daß die Gebotsgebühr (C) auch abhängig von der genannten Klasse der Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) bestimmt wird.

15. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 14, dadurch gekennzeichnet, daß der Zugang zur Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) für einen bestimmten zweiten Vertragspartner

(B_i) nur abhängig von einer Klassifizierung dieses zweiten Vertragspartners (B_i) zugelassen wird.

16. Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 15, dadurch gekennzeichnet, daß das Empfangen von Geboten (19) eines bestimmten zweiten Vertragspartners (B_i) nur abhängig von einer Klassifizierung dieses zweiten Vertragspartners (B_i) zugelassen wird.

17. Anlage zur Steuerung der Kommunikation zwischen zumindest einem ersten Vertragspartner (A) und potentiellen zweiten Vertragspartnern (B_i) auf Grundlage von Drittinformation (1) eines Vermittlers (V), wobei die Drittinformation (1) zumindest die Identität (2) des ersten Vertragspartners (A) und eine Beschreibung (3) des Vertragsgegenstandes umfaßt, mit:

einer ersten Datenbank (4) mit einer Einspeiseschnittstelle (5) für den Vermittler (V) zur Aufnahme von Drittinformation (1), wobei die erste Datenbank (4) einen privaten Abschnitt (6) und einen öffentlichen Abschnitt (7) aufweist und im privaten Abschnitt (4) zumindest die Identität (2) des ersten Vertragspartners (A) und im öffentlichen Abschnitt (7) zumindest die Beschreibung (3) des Vertragsgegenstandes speichert, und ferner mit einer Abfrageschnittstelle (14) zur Abfrage des öffentlichen Abschnittes (7) durch potentielle zweite Vertragspartner (B_i),

einer Kontoführungsvorrichtung (34) zur Führung von Guthabenkonten (35) für jeden eine Drittinformation (1) einspeisenden Vermittler (V),

einer zweiten Datenbank (17) mit einer Einspeiseschnittstelle (18) für die zweiten Vertragspartner (B_i) zur Aufnahme von Geboten (19) für den Zugang zum privaten Abschnitt (7) der ersten Datenbank (4) hinsichtlich einer bestimmten Drittinformation (1), wobei jedes Gebot (19) zumindest die Angabe (24) einer Abschlußgebühr (P) enthält, die vom jeweiligen zweiten Vertragspartner (B_i) für einen Vertragsabschluß mit dem ersten

Vertragspartner (A) geboten wird, und wobei jedem Gebot (19) eine vorgebbare Gebotsgebühr (C) zugeordnet ist,

einer Kontoführungsvorrichtung (26) zur Führung von Guthabenkonto (27) für jeden ein Gebot (19) einspeisenden zweiten Vertragspartner (B_i),

einem Sammelpeicher (28) zur Sammlung von Gebotsgebühren (C), wobei jedes Einspeisen eines Gebotes (19) in die zweite Datenbank (17) den Transfer der zugeordneten Gebotsgebühr (C) vom Guthabenkonto (27) des einspeisenden zweiten Vertragspartners (B_i) zum Sammelpeicher (28) auslöst, und

einer Auktionsvorrichtung (29), die zu einem vorgegebenen Zeitpunkt (t) die Gebote (19) mit den N höchsten Angaben (24) von Abschlußgebühren (P) aus der zweiten Datenbank (17) ermittelt, wobei $N \geq 1$, für jeden eines dieser N Gebote (19) eingespeist habenden zweiten Vertragspartner (B_i) den Zugang zum privaten Abschnitt (7) der ersten Datenbank (4) für die von diesem Gebot (19) betroffene Drittinformation (1) freischaltet, und den Transfer eines vorgebbaren Anteils ($q \Sigma C$) aller im Sammelpeicher (28) gesammelter Gebotsgebühren (ΣC) zum Guthabenkonto (35) des die betroffene Drittinformation (1) eingespeist habenden Vermittlers (V) auslöst.

18. Anlage nach Anspruch 17, dadurch gekennzeichnet, daß eine Auswertevorrichtung (38) mit zumindest einer Eingangsschnittstelle (39, 40) für den Empfang von Bewertungsinformationen (R) vorgesehen ist, welche Auswertevorrichtung (38) den Empfang von Bewertungsinformationen (R) zu der Drittinformation (1) innerhalb einer vorgegebenen Zeitspanne (T) freigibt und, wenn eine der Bewertungsinformationen (R) einen Vertragsabschluß zwischen dem ersten Vertragspartner (A) und einem der zweiten Vertragspartner (B_i) anzeigt, den Transfer zumindest eines Anteils (uP) der in dem Gebot (19) dieses zweiten Vertragspartners (B_i) angegebenen Abschlußgebühr (P) von dessen Guthabenkonto (27) auf das Guthabenkonto (35) des Vermittlers (V) auslöst, oder, wenn keine der Bewertungsinformationen (R) einen Vertragsabschluß anzeigt, jedoch Bewertungsinformationen

(R) von einer Mehrheit der die N Gebote (19) abgegeben habenden zweiten Vertragspartnern (B_i) vorliegen, den Rücktransfer der Gebotsgebühren ($q\sum C$) vom Guthabenkonto (35) des Vermittlers (V) auf die Guthabenkonten (27) der zweiten Vertragspartner (B_i) auslöst.

19. Anlage nach Anspruch 17 oder 18, dadurch gekennzeichnet, daß die Auktionsvorrichtung (29) die genannten N Gebote (19) nur unter jenen Geboten (19) mit den M höchsten Angaben (25) von Gebotsgebühren (C) ermittelt, mit $M > N$.

20. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 19, dadurch gekennzeichnet, daß die Auktionsvorrichtung (29) die genannten N Gebote (19) nur unter jenen Geboten (19) ermittelt, deren Gebotsgebühr (C) einen vorgegebenen Schwellwert übersteigt.

21. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 20, dadurch gekennzeichnet, daß eine Statistikdatenbank (43) vorgesehen ist, welche an die Auswertevorrichtung (38) angeschlossen ist und für jeden Vermittler (V) eine Statistik (44') über seine Drittinformationen (1) und/oder die Bewertungsinformationen (R) zu allen seinen Drittinformationen (1) speichert und aktualisiert.

22. Anlage nach Anspruch 21, dadurch gekennzeichnet, daß die Statistikdatenbank (43) die Höhe des genannten Anteils ($q\sum C$) an den Gebotsgebühren ($\sum C$) und/oder die Höhe des genannten Anteils (uP) an der Abschlußgebühr (P) steuert.

23. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 22, dadurch gekennzeichnet, daß eine Statistikdatenbank (43) vorgesehen ist, welche an die Auswertevorrichtung (38) angeschlossen ist und für jeden gebotsabgebenden zweiten Vertragspartner (B_i) eine Statistik (44'') über seine Gebote (19) und/oder seine Bewertungsinformationen (R) speichert und aktualisiert.

24. Anlage nach Anspruch 23, dadurch gekennzeichnet, daß die Statistikdatenbank (43) die Höhe der Gebotsgebühr (C) für einen bestimmten zweiten Vertragspartner (B_i) festlegt.

25. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 24, dadurch gekennzeichnet, daß die Höhe der Gebotsgebühr (C) auch abhän-

gig von einer Klassifizierung des die erste Datenbank (4) abfragenden zweiten Vertragspartners (B_1) festlegt wird.

26. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 23, dadurch gekennzeichnet, daß die Einspeiseschnittstelle (18) der zweiten Datenbank (17) eine Angabe (25) über die Höhe der Gebotsgebühr (C) vom zweiten Vertragspartner (B_1) empfängt.

27. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 26, dadurch gekennzeichnet, daß die Abfrageschnittstelle (14) der ersten Datenbank (4) die genannte Zahl N zusammen mit der Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) zur Abfrage zur Verfügung stellt.

28. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 27, dadurch gekennzeichnet, daß die Drittinformation (1) eine Angabe (10) über die Informationsqualität, bevorzugt ihren Ursprung, enthält.

29. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 28, dadurch gekennzeichnet, daß die Einspeiseschnittstelle (5) der ersten Datenbank (4) die Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) der Drittinformation (1) nach vorgegebenen Klassen von Vertragsgegenständen klassifiziert, bevorzugt mit Hilfe eines Expertensystems, welches den Vermittler (V) führt.

30. Anlage nach Anspruch 29, dadurch gekennzeichnet, daß die Höhe der Gebotsgebühr (C) auch abhängig von der genannten Klasse der Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) festlegt wird.

31. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 30, dadurch gekennzeichnet, daß die Einspeiseschnittstelle (18) der zweiten Datenbank (17) Gebote (19) eines zweiten Vertragspartners (B_1) nur abhängig von der Identität oder einer Klassifizierung dieses zweiten Vertragspartners (B_1) entgegennimmt.

32. Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 31, dadurch gekennzeichnet, daß die Abfrageschnittstelle (14) der ersten Datenbank (4) die Abfrage des öffentlichen Abschnittes (7) nur abhängig von einer Klassifizierung des abfragenden zweiten Vertragspartners (B_1) gestattet.

33. Computerprogrammprodukt, implementierend ein Verfahren nach einem der Ansprüche 1 bis 16.

34. Computerprogrammprodukt, gespeichert auf einem computerlesbaren Datenträger, implementierend eine Anlage nach einem der Ansprüche 17 bis 32.

Zusammenfassung

Verfahren und Anlage zur Steuerung der Kommunikation zwischen Vertragspartnern

5

Die Erfindung betrifft ein Verfahren zur Steuerung der Kommunikation zwischen zumindest einem ersten Vertragspartner (A) und potentiellen zweiten Vertragspartnern (B_1) auf Grundlage von Drittinformation (1) eines Vermittlers (V), wobei die
10 Drittinformation (1) zumindest die Identität (2) des ersten Vertragspartners und eine Beschreibung (3) des Vertragsgegenstandes umfaßt, mit den Schritten:

(a) Empfangen einer Drittinformation (1) und Speichern derselben,

15

(b) Zurverfügungstellen des Zuganges zur Vertragsgegenstandsbeschreibung (3) der Drittinformation (1) für eine Abfrage durch zweite Vertragspartner (B_1),

20

(c) Empfangen von Geboten (19) von zweiten Vertragspartnern (B_1) für den Zugang zur Vertragspartneridentität (2) der Drittinformation (1), wobei jedes Gebot (19) zumindest die Angabe (24) einer Abschlußgebühr (P) umfaßt, die vom jeweiligen zweiten Vertragspartner (B_1) für einen Vertragsabschluß mit dem

25

ersten Vertragspartner (A) geboten wird, Empfangen einer Gebotsgebühr (C) für jedes Gebot (19) von jedem gebotsabgebenden zweiten Vertragspartner (B_1), und Speichern der Gebote (19) und Gebotsgebühren (C),

30

(d) Ermitteln der Gebote (19) mit den N höchsten Angaben (24) von Abschlußgebühren (P) zu einem vorgegebenen Zeitpunkt (t), wobei $N \geq 1$ ist, Senden der Vertragspartneridentität (2) der Drittinformation (1) an die die N Gebote abgebenden zweiten Vertragspartner (B_1), und Senden zumindest eines Anteiles ($q\%C$) aller Gebotsgebühren (C) an den Vermittler (V).

35

Die Erfindung betrifft ferner eine Anlage zur Durchführung des Verfahrens sowie Computerprogrammprodukte zur Implementierung des Verfahrens und der Anlage.

(Fig.1)

THIS PAGE BLANK (USPTO)

1/3

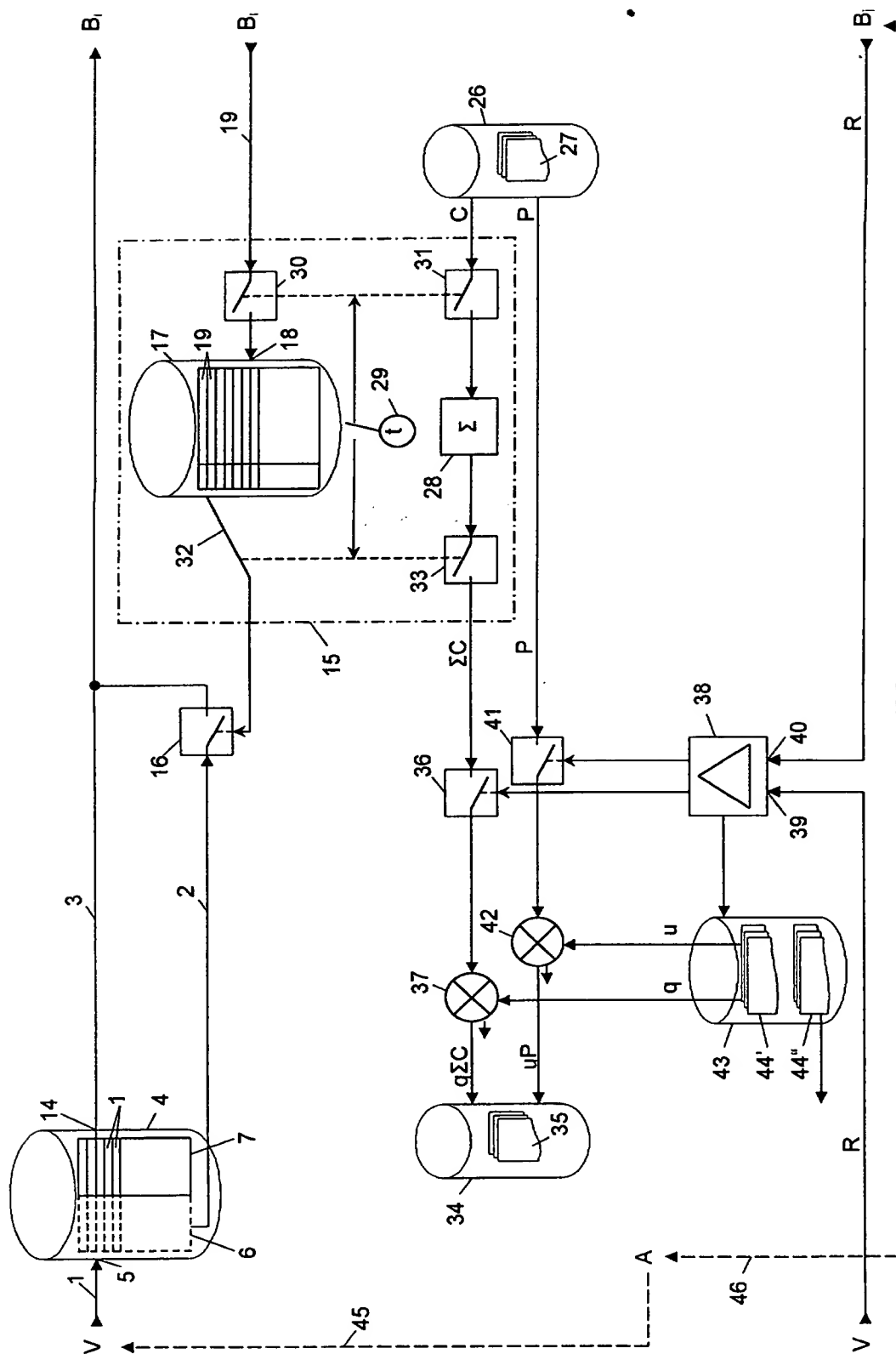


Fig. 1

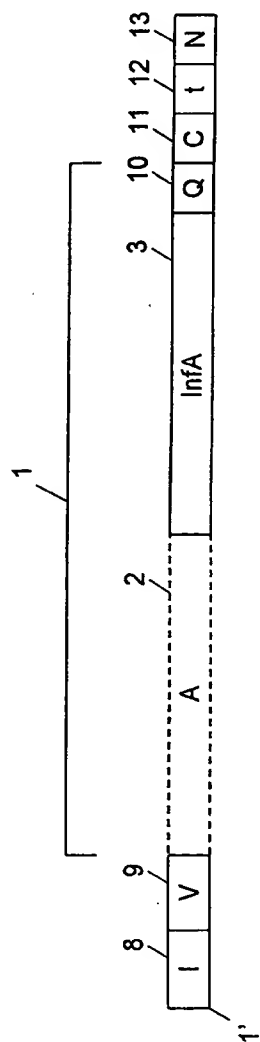


Fig. 2

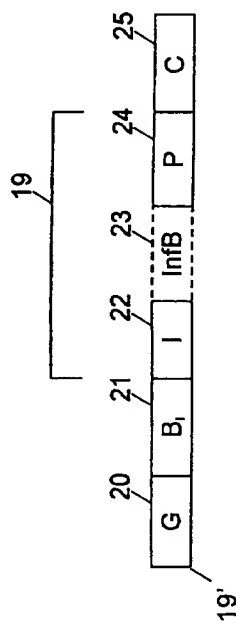


Fig. 3

3/3

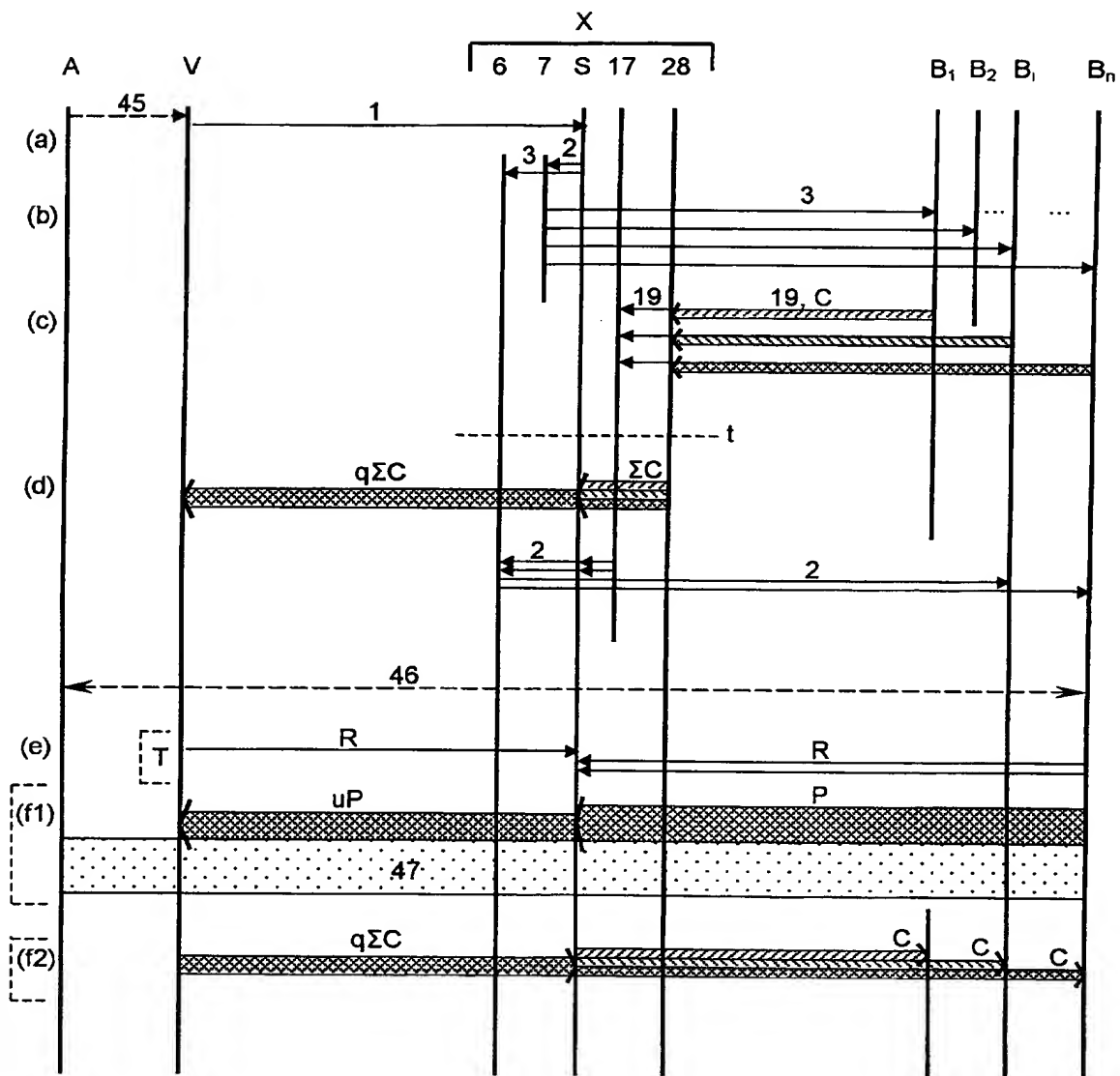


Fig. 4

THIS PAGE BLANK (USPTO)

THIS PAGE BLANK (USPTO)